

Bezugspreis:
Monatlich
durch Boten 3,50 Mk.
durch die Post 3,70 Mk.
erschienen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Bad Ems und Diez.

Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lohn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die einseitige Zeile 60 Pf.
Ank. Bel. u. Verle. 80 Pf.
Kleinanzeigen 2,00 Mk.
Ausgabestellen:
Diez, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, Gmb.

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 136.

Diez, Montag, den 21. Juni 1920.

26. Jahrgang.

Die neue Koalition.

Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten.

Berlin, 19. Juni. Die fortgesetzten Verhandlungen zwischen den Parteiführern und Reichsbach sind heute so weit gediehen, daß man von der Lösung der Krise sprechen kann. Im Laufe des gestrigen Tages fand ein Meinungsäustausch zwischen der Demokratie und der Deutschen Volkspartei durch Vermittlung Reichsbachs statt. Der strittige Punkt war die Frage der Deutschen Volkspartei zur Monarchie. Die Demokraten ließen andeuten, daß sie unter allen Umständen bei der Forderung, die Senator Petersen in seinem Schreiben aufgestellt hatte, bleiben müßten. Die Deutsche Volkspartei ließ aber erklären, daß sie in dieser Frage ihre Stellungnahme nicht ändern könne. Sie vertrete die Ansicht, daß die Partei den gegebenen Verhältnissen Rechnung trage, aber unter keinen Umständen von ihrer Weltanschauung abzuweichen könne: für sie sei die Monarchie die erforderliche Staatsform. Man könne dem Ministerium eine Republik anbieten, trotzdem aber Monarchie sein.

Im Laufe der Nacht ließen die Demokraten dem Präsidenten Reichsbach nochmals eine Erklärung zugehen darüber, unter welchem Umstand sie bereit seien, in die bürgerliche Koalition der Mitte einzutreten. Heute vormittag ließ die Deutsche Volkspartei durch Reichsbach antworten, sie sei bereit, in die Koalition einzutreten, in der auch die Demokratie läge, verwies aber nochmals darauf, daß sie unter keinen Umständen ihre Stellung zu der Frage der Monarchie ändern werde.

In der heutigen Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion wurde diese Erklärung der Deutschen Volkspartei besprochen. Es setzte sich die Ansicht durch, daß man unter diesen Umständen bereit sei, in die Koalition einzutreten. Damit war also die Lage geklärt. Die Reichspolitiker und die Deutschnationalen Volkspartei wollen einer Regierung aus Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten gegenüber wohlwollende Neutralität üben.

Die Schwierigkeit der Regierungsbildung.

Dr. Berlin, 17. Juni. Die Lage ist bezüglich der Regierungsbildung noch ungeklärt. Nach den Abendblättern scheint der Präsident der Nationalversammlung Reichsbach sich gegenüber der Anregung, die Kabinettsbildung zu übernehmen, nicht mehr unbedingt ablehnend zu verhalten. Laut Vorwärts werde sich Reichsbach zunächst an die Demokraten und an die Deutsche Volkspartei wenden. Der Vorwärts bezeichnet auch eine Meldung, wonach die Demokraten nicht abgeneigt seien, zu versuchen, durch den Abg. Schiffer das Kabinett zustande zu bringen. Die Voss. Ztg. sagt die vorliegenden Nachrichten dahin zusammen, daß die Bildung eines aus dem Zentrum und den Demokraten gebildeten Kabinetts bedenklich das im Herbst den Anblick nach links anstreben dürfte, um sich aus der mehrheitssozialistischen Fraktion zu ergänzen. Damit würde dann die alte Koalition wieder hergestellt werden.

Die Stellung des bayerischen Zentrums.

München, 19. Juni. Viel erörtert wird in der bayerischen Presse die Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei zur Regierungsbildung in Berlin. Der Bayerische Kurier hält es für nötig, daran zu erinnern, daß weder Trimborn noch das Zentrum einseitig über die Bayerische Volkspartei verfügen könne. Hinsichtlich der Reichstagswahl Reichsbachs scheint man in Bayern Bedenken zu haben, als dieser von seinem ehemaligen Freunde Erzberger in einer seiner letzten Reden durch abgelehnt ist, aber doch in allzu schonender und nicht-sagender Form. Auch könne sich die Bayerische Volkspartei, die eine Umgestaltung der Reichsverfassung in föderativen Sinne anstrebt, mit der Festlegung auf die Weimarer Verfassung nicht einverstanden erklären.

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen.

Berlin, 21. Juni. Der Reichsanzeiger veröffentlicht nunmehr das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden insgesamt 26 617 590 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen:

Sozialdemokraten 112 Abgeordnete (5 614 456 Stimmen),
Zentrumspartei 68 Abgeordnete (3 549 830 Stimmen),
Demokraten 45 Abgeordnete (2 202 334 Stimmen),
Deutschnationaler 66 Abgeordnete (3 738 778 Stimmen),
Deutsche Volkspartei 62 Abgeordnete (3 695 316 Stimmen),
Unabhängige 81 Abgeordnete (4 835 317 Stimmen),
Kommunisten 2 Abgeordnete (441 995 Stimmen),
Bayerischer Bauernbund (4 Abgeordnete 218 884 St.),
Deutsch-Hannoverscher 5 Abgeordnete (319 100 Stimmen),
Bayerische Volkspartei 21 Abgeordnete (1 236 941 St.).
Infolge dieser Zählung entfällt, wie die Nationalistische Korrespondenz bemerkt, auf die Reichspartei der Deutschen Volkspartei noch ein weiterer Sitz, so daß auch der Gewerkschaftsvorsitzende Georg Streiter gewählt worden ist.

Deutsche Kriegsgefangene über den Bolschewismus.

Der „Ältesten Zeitung“ entnehmen wir folgende interessante Schilderung:

Nachdem der Ausgang der Wahlen die Aktivität des Nationalen offensichtlich bereitet hat, ist es nicht uninteressant, ein Urteil über die Wirkung des russischen Systems aus untertanem Munde zu hören. Das Urteil kommt weder von ausstehendem Unternehmer noch einem anerkannten Großkapitalisten, sondern von deutschen Arbeitern. Am Samstag vor der Wahl traf ich in dem von Hamburg kommenden Schnellzug mit Landsleuten zusammen, die aus langjähriger russischer Gefangenschaft heimkehrten. Der Transport bestand aus ungefähr 60 Personen, die zum großen Teil aus dem Industriegebiet kamen, wo sie vorwiegend als Bergleute oder Industriearbeiter tätig gewesen waren. Die Freude, wieder auf heimischem Boden zu sein, sprach aus allen Zügen. Fast alle waren in Sibirien gewesen, von wo sie in kleineren Truppen ausgereist und ins europäische Russland gekommen waren. Hier hatte man sie in Moskau oder Petersburg gefangen und durch Vermittlung des Schwedischen Roten Kreuzes nach der Heimat befreit. Schnell war eine lebhaft Unterhaltung im Gange. Ueber die Zustände in Russland befragt, erklärten die Leute:

Russland ist ein großer Friedhof. Das bolschewistische System hat zum vollständigen Ruin geführt. Das ganze Wirtschaftsleben liegt vollständig darnieder. Nicht nur die Fabriken, sogar die kleinsten Werkstätten stehen still. Es fehlt an Kohlen, an Holzstoffen und vor allem an Verkehrsmitteln, um in dem riesigen Organismus den nötigen Kreislauf der Güter zu unterhalten. Der Großgrundbesitz ist aufgeteilt worden, der Besitzer erschlagen oder flüchtig, seine Wohnung ausgeraubt, betrunken oder niedergebrannt. Der Bauer ist weder noch imstande noch geneigt, den großen Geländezuwachs, den er erhalten hat, zu befruchten. Er richtet nur so viel her, wie er für sich und seine Familie braucht. An eine Versorgung der Städte, geschweige denn des Auslands mit russischem Getreide, ist daher nicht zu denken. Entsetzlich ist die Not und das Elend in den russischen Großstädten. In Petersburg und Moskau herrscht das große Elend. Die Bevölkerung gleicht vollständig wandelnden Leichen. Malt, entkräftet, von Seuchen befallen, haben die Menschen jeden Lebenswillen, jede Energie verloren. Ohne Hoffnung auf Besserung schleichen sie in dumpfen, entmenschten Fatalismus dahin, dem sichern Untergang entgegen. Ein furchtbares Bild, das wir so erschütterndes wirkt, wenn man der Frauen und Kinder ansichtig wird. Und wo sie einem deutschen Kriegsgefangenen begegnen, da stehen sie: „Nimm uns mit nach Deutschland, damit wir hier nicht umkommen!“ Wenn man sich vorstellt, daß — soweit überhaupt — ein Pfund Brot in Petersburg 100 Rubel kostet, ein paar gewöhnliche Schuhe 18 000 Rubel usw., so braucht man über die Notlage weiter kein Wort zu verlieren. (Der von der Regierung zurzeit bezogene Lohn beträgt etwa 4000 Rubel monatlich. Die Red.) Lenin und Trotski haben das größte Unheil über Russland gebracht, das je über ein Volk hereingebrochen ist. Kürzlich hielt Trotski eine Ansprache an die Bevölkerung in Jekaterinburg. Als man ihm aus der Menge rief, er möge sich Versprechungen Lebensmittels geben, antwortete Trotski: „Solange hier auf vier Einwohner noch eine Ratte kommt, darf über Lebensmittelmangel nicht geredet werden.“ Der Terror der russischen Gewalthaber übersteigt alle Vorstellung.

Nach diesen traurigen Mitteilungen befragt, was sie sich von einer Anwendung des russischen Systems in Deutschland vorstellten, antworteten unsere Landsleute: „Wer in Deutschland für die Einführung des Bolschewismus ist, weiß nicht, was er fordert, der ist ein gewissenloser Schurke, der die allgemeine Verwirrung zu seinem persönlichen Vorteil ausnützen will. Nachdem was wir gesehen und erlebt haben, bedeutet der Bolschewismus den Tod jeglichen Wirtschaftslebens, die Vernichtung der Gesellschaft. Wir haben Anfang 1917 bis Mitte 1918 auch den großen Versprechungen der russischen „Reformer“ geglaubt. Nachdem wir die praktischen Folgen gesehen, ist es jedem klar geworden, daß ohne starke, staatliche Ordnung, ohne Autoritätsgefühl und Disziplin ein großes Staatswesen nicht bestehen kann.“

Auf die Frage: „Was sagen Sie nun zum Programm unter U. S. P.“, war die einstimmige Auffassung: „Wer nach unseren Erfahrungen die Bestrebungen der radikalen Linksparteien fördert, arbeitet nicht nur an dem sicheren Ruin seines Vaterlandes, sondern ist auch ein eigner Totengräber.“

Politische Rundschau.

Aus Danzig.

Dr. Danzig, 18. Juni. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Sahm fand am 16. Juni eine Sitzung des erweiterten Stadtrates statt. Es wurde der Fall eines Verordnungsbeschlusses, durch die die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte nach Vorgang im Deutschen Reich erweitert wird, jedoch unter Aufhebung der Grenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte auf 3000 Mark. Ebenso wurde nach Vorgang des Deutschen Reiches am 1. Juli in Kraft tretende Erhöhungen der Post- und Fernspreckgebühren und die Andienung der Verfahrungsgebühr in der Krankenversicherung auf 15000 Mark beschlossen. Die Verordnung des Staatsrats vom 7. Mai über die Erwerbslos- und Arbeitslosenversicherung wurde ebenfalls beschlossen, wobei die Erhöhung der Beiträge schon mit diesem Zeitpunkt eintritt.

Die neuen schleswigschen Grenzen. Der Präsident der Friedenskonferenz hat gestern dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation die offizielle Mitteilung der neuen schleswigschen Grenze überreicht und mitgeteilt, daß die Alliierten die nördlich der deutschen Grenze gelegenen Gebiete Danemark zuweisen würden.

Nach einer Mitteilung der interalliierten Kommission für Schleswig wurde die dänische Begrenzung in der Nacht zum 15. Juni von Königsau an die Landesgrenze verlegt.

Das russische Geld in Deutschland. In der Meldung eines Hamburger Blattes, daß der Unabhängige Abgeordnete der Nationalversammlung Dr. Eckart Cohen, auch jetzt noch über das Geld der russischen Regierung in Deutschland verfügen könne, wird von zutreffender Seite erklärt, die Nachricht ist unzutreffend. Das Guthaben der Sowjetregierung ist gesperrt. Es unterliegt der Entscheidung des Reichsfinanzministeriums, ob und inwieweit die Sperrung im einzelnen Falle aufgehoben werden kann.

Die Kosten der Befragung. „Cobl. Ztg.“ Die belgische Regierung hatte die Ausgaben für die belgische Teilnahme an der interalliierten Rheinlandkommission auf 1 Million Franken geschätzt. Jetzt stellt sich aber heraus, daß 1,5 Mil-

lion verbraucht werden. Man beginnt ernstlich zu zweifeln, daß Deutschland in der Lage sein wird, alle diese Unkosten, die ihm durch den Vertrag auferlegt sind, aufzubringen.

Der Luxusenergieverbrauch im besetzten Gebiet scheint nunmehr eine Einigung zwischen den deutschen Behörden und der Befragung erzielt worden zu sein. Näheres ergibt vorläufig das im amt. Teil abgedruckte Telegramm des Landesfinanzamtes in Aachen.

Pariser Handelskammer in rheinischen Städten. Paris, 16. Juni. Eine französische Handelskammer für das Rheinland wird auf Anregung Tirards von der Interalliierten Rheinlandkommission und mit Genehmigung der französischen Ministerien für auswärtige Angelegenheiten und für Handel eingerichtet werden. Viele französische Fabrikanten und Banken werden in der neuen Handelskammer vertreten sein. Der Hauptsitz wird in Paris sein mit Zweigstellen in vielen rheinischen Städten.

Keine Beurteilung in contumaciam. Auf eine Anfrage erklärte der Minister des Auswärtigen: „Die alliierten und assoziierten Mächte beabsichtigen keineswegs, den früheren deutschen Kaiser in contumaciam abzuurteilen. Die Bildung eines juristischen Ausschusses im Haag, der mit der Ausarbeitung des Entwurfs eines internationalen ständigen Gerichtshofes beauftragt ist, steht — wie der Minister hinzufügte — mit der Frage der Auslieferung oder Aburteilung des Kaisers in keiner Beziehung.“

Die holländisch-belgischen Verhandlungen. Wie aus London gemeldet wird, erklärte Harmsworth in einer brieflichen Erklärung auf eine Anfrage über die niederländisch-belgischen Verhandlungen:

Die englische Regierung stehe mit beiden interessierten Mächten in Verbindung, um festzustellen, durch welche Schritte die schnelle Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Belgien und Holland über die Revision des Vertrages von 1839 ermöglicht werden würde.

Eine Schlacht mit den Sinnfeinern. Der „Morning Post“ wird aus London gemeldet, daß sich am Mittwoch zwischen 300 Sinnfeinern und Anhängern der Regierung eine Schlacht abspielte, die drei Stunden dauerte.

Die Donaukonferenz. Die hier tagende internationale Seekonferenz beriet gestern über die Frage des Fischfangs und billigte den Vorschlag des englischen Vizepräsidenten Henderson, die den Fischfang betreffenden Fragen an die Regierungen der einzelnen Länder zu verweisen zur Regelung durch Einberufen von Konferenzen zwischen Reedern und Seeläuten. Tapan wurde die Frage der Binnenfischerei behandelt. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, einen Ausschuss mit der Forderung der Fragen der Binnenfischerei zu beauftragen um so möglich diese Frage einer internationalen Regelung zu unterziehen. Heute vormittag werden die Beratungen fortgesetzt.

Der polnische Korridor. Nach einer Meldung aus Warschau werden verhandelt Vertreter der interalliierten Kommission, des deutschen Reichsverkehrsministeriums und der polnischen Behörden in Warschau über die Durchkreuzung der Abfahrtsberechtigungen durch den polnischen Korridor. Sofort nach Beendigung der Verhandlungen werden Vertreter der polnischen Regierung in Warschau mit den Vertretern der belgischen Eisenbahndirektionen, des Berliner Reichsverkehrsministeriums und des deutschen Bevollmächtigten sich über die endgültige Durchkreuzung der Angelegenheit beraten. Am Freitag findet eine Konferenz über die gegenwärtige, den Verkehr nach Ostpreußen fast völlig lahmlegende Sperrung des Korridors statt.

Folgen zum Frieden genötigt. Wie der Korrespondent der „Times“ aus Warschau meldet, werde künftig jedes Ministerium Vorschläge über die Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten einbringen müssen. Die Lage werde durch eine gegenwärtig herrschende Streikbewegung erschwert.

Eine permanente Wirtschaftskonferenz für die Mandatsstaaten. Nach einem Telegramm der „Lingke Tidende“ aus Helsingfors wurde kürzlich in Helsingfors eine Konferenz der Mandatsstaaten abgehalten, worin über die Bildung einer permanenten Wirtschaftskonferenz der Mandatsstaaten beraten wurde. Es fanden u. a. zur Verhandlung: Vorschläge für einheitliche Eisenbahnen, Post- und Telegrammgebühren, sowie die Errichtung eines obersten Wirtschaftsrates für die Mandatsstaaten.

Das bolschewistische Persien. London, 18. Juni. Der Times wird aus Teheran gemeldet: Ein rotes revolutionäres Komitee in Persien habe eine Kundgebung erlassen, in der die Errichtung der Sowjetrepublik in Mesopotamien angekündigt wird. Es wurden Telegramme an die Mächte abgesandt, in denen dieselbe die Errichtung der Republik angezeigt wird. Es bestehen keine Anzeichen dafür, daß sich die Bewegung auch auf Teheran ausdehnen wird.

Der Vormarsch der türkischen Nationalisten. BZ. Konstantinopel, 18. Juni. Die nationalen Streitkräfte rücken an den Küstengegenden des Marmarameeres und des Schwarzen Meeres weiter vor. Es scheint, daß die Inseln des Marmarameeres von den Anhängern niemals beschützt werden. Nachrichten aus Angulbat zeigen, daß die Stadt Heraklea wegen Bedrohung durch nationalistische Banden Hilfe verlangte bei den französischen Truppen, die mit der Überwachung der Vergewaltigung betraut sind.

Die Lage in Anatolien. Nach Mitteilungen des Times sind in Bagdad von den Truppen Mustafa Kemal Paschas gefangen genommen worden 16 Offiziere und 550 französische Soldaten. Diese Gefangennahme verstoße gegen den Waffenstillstand, der in Angora mit Mustafa Kemal abgeschlossen worden sei. Bis heute vormittag sei jedoch in Paris eine Nachricht über die Freilassung der Truppen noch nicht eingetroffen. Dasselbe Blatt meldet übrigens, daß der englische Oberkommissar in Konstantinopel, General Robet, nach Jmid abgereist sei. Von der Truppe Mustafa Kemal hätten 7000 Mann die englischen Linien angegriffen. Ein schottischer Regiment sei von Konstantinopel nach Jmid abgegangen.

